

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Ausgabe Nr. 38
März 2020

Marburger Haushalt ohne Plan

Marburger Linke will bei städtischem Wohnungsbau und sozialer Verkehrswende klotzen

Lustlos wie er aufgestellt ist, so lustlos verlief in weiten Teilen auch die Debatte über den Haushalt 2020. In diesem Jahr wurden ein paar Geldhäppchen mehr verteilt. Das ist im Prinzip nicht schlecht. Aber es geschieht ziemlich kopf- und planlos. Die entschiedene Kritik der Marburger Linken lautet: Dem Haushalt fehlt ein Entwicklungskonzept für Marburg. Die Magistratsparteien dagegen baden in Selbstgefälligkeit.

Das Stadtparlament hat vor einem halben Jahr den Klimanotstand festgestellt. Hier kann man nicht mit Klein-Klein reagieren. Stefanie Wittich trug daher die Forderung nach einer Verkehrswende vor – mit konkreten Schritten: Steigerung der Fahrgastzahlen in Bussen um 10 Prozent, kostenloses Schülerticket (bis das Land die Kosten übernimmt), Jobtickets für alle Beschäftigten und rascher Ausbau sicherer und bequemer Radwege.

Soziale Gerechtigkeit bleibt die Grundlage linker Politik. Auch in einer relativ wohlhabenden Stadt wie Marburg gibt es Armut. Daher muss dringend ein Entwicklungskonzept für den größten Stadtteil, den Richtsberg, her. Das fordert die Marburger Linke seit über einem Jahr. Die soziale Infrastruktur muss mit dem Wohnungsbau am unteren Richtsberg Schritt halten. Am oberen Richtsberg sorgen sich die Mieter*innen, ob sie ihre Wohnungen weiter bezahlen können. Der sehr effektiven Gemeinwesenarbeit fehlt es an angemessenen Räumen. Wenn solche Probleme nicht zielgerichtet angegangen werden, braucht man sich über politische Irrwege nicht zu wundern.

Sozialpolitik heißt aber auch, dass es in der ganzen Stadt genügend Wohnungen zu niedrigen Preisen geben muss. Da soll vor allem

die Gewobau, die städtische Wohnungsbaugesellschaft, viel aktiver werden. Tanja Bauder-Wöhr kritisierte, dass in den vergangenen Jahren vor allem im privaten Bereich teure Wohnungen entstanden sind. Um die Mietpreise im Zaum zu halten, muss die Stadt selber mehr bauen. Dafür muss sie einen Vorrat an eigenen Flächen anlegen. Um solche konzeptionellen Fragen drücken sich SPD und CDU allerdings herum.

Zu einer sozialen Politik gehört auch, dass die ausländischen Bürger*innen die erforderliche Unterstützung erhalten. Es ist verhängnisvoll, wenn die schwarz-grüne Landesregierung die Mittel für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe streicht. Die Marburger Linke will, dass die Stadt im Rahmen des Projekt „Marburg 200“ 500.000 Euro zur Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung stellt. **Fortsetzung S. 2**



▲ CDU-Haus in der Gisselberger Straße in Marburg

CDU-Zentrale mit Schwarzgeld gekauft?

Am 15. August 1975 wurde in Marburg unter dem Vorsitz der Kaufmanns Peter Ahrens ein „Verein zur Förderung staatspolitischer Bildung“ gegründet. Der Name war ebenso irreführend wie die Behauptung, seine Aufgaben seien „ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung“.

Zum Verein, der maximal 14 Mitglieder zählte, gehörten bis heu-

te alle Kreisvorsitzenden, Minister, Abgeordnete und Landräte der hiesigen CDU: Walter Wallmann, Walter Troeltsch, Friedrich Bohl, Christian Wagner, Dietrich Möller, Werner Waßmuth, Robert Fischbach, Frank Gotthardt, Stefan Heck und Thomas Schäfer. Ein bisschen viel Prominenz für einen Verein, der politische Bildung betreibt, wovon sich in den Akten übrigens keine Spur findet. **Fortsetzung S. 6**

Gastkommentar

Bedrohung

Unter dem irreführenden Namen „Defender“ probt die NATO die transatlantische Mobilmachung gegen Russland. Mit über 37.000 Soldaten, davon 2.500 deutschen, wird ein militärischer Großverband quer durch Europa verlegt und an der russischen Grenze in Stellung gebracht. Aufmarschbasis: Deutschland. Die Bundeswehr übt die Kriegsführung hierzulande, in Polen und Litauen.

Von „gewachsener Bedrohung“ wird geraunt. Sicherheitsinteressen Russlands, nach Ende des Kalten Krieges mit der Osterweiterung des NATO-Aufmarschgebiets vor seiner Grenze konfrontiert, werden geleugnet. Ebenso geostrategische Interessen des Westens. Russland gibt jährlich 60 Mrd. Dollar für Rüstung aus, die NATO-Staaten fast 1.000 Mrd. Dollar.

US-Militärs vergleichen das Manöver mit dem D-Day, dem Kampf gegen Hitlerdeutschland. Die großangelegten Vorbereitungen neuer militärischer Auseinandersetzungen sind brandgefährliche Abenteuer, diktiert vom Hegemoniewahn der US-Strategen. Weltweit steht das Primat militärischer Logik dem Bemühen um friedliche Lebensverhältnisse im Weg. Notwendig sind alternative zivile Sicherheitskonzepte, die der anderen Seite ihre Interessen, faire Wirtschaftsbeziehungen und friedliche Entwicklung zugestehen! Aufrüstung und Kriegsvorbereitung hinterlassen zudem einen verheerenden „ökologischen Fußabdruck“. Genug Gründe, um den Protest gegen „Defender“ zu unterstützen.

Ralf Schrader, Marburger Bündnis
„Nein zum Krieg“

Foto: Nico Biver

Neue Sporthallen tun not

Marburg fehlen Sporthallen. Da geht es nicht nur um Sportförderung, sondern auch um soziale Belange und die Förderung der Integration, welche stark über den Sport erfolgt. Da gerade weniger betuchte Menschen auf den Vereins- und Schulsport angewiesen sind, ist es überfällig, dass der Magistrat tätig wird.

Dies war bereits beim, nunmehr bereits zehn Jahre alten, Sportentwicklungsplan ein zentraler Punkt.

Passiert ist in all der Zeit nichts, obwohl der damalige Oberbürgermeister Egon Vaupel versprach, die Sanierung und/oder den Neubau einer Sporthalle an der Elisabethschule werde geprüft. Seither hat die Marburger Linke den Neubau der Halle immer wieder gefordert.

Dringenden Bedarf gibt es auch bei den Berufsschulen. Die Adolf-Reichwein-Schule (ARS) – genauso wie die Käthe-Kollwitz-Schule – hat seit ihrer Gründung 1958 kei-

ne eigene Sporthalle. Die mitgenutzte Temmler-Ballsporthalle ist aufgrund von Bebauungsplanungen inzwischen gefährdet.

Der frühere Leiter der ARS Norbert Herlein sagte: „Gegenüber den Auszubildenden und Schülern ist das eine Zumutung und ignorant.“ Dabei sei eine Halle auf dem Gelände möglich. Der damalige Vorsitzende des Städtelternbeirats Bernd Mönich schlug eine „salomonische“ Lösung vor: „eine Dreifach-Halle an der Leopold-Lucas-Straße und eine Ein- oder Zweifelderhalle an der Adolf-Reichwein-Schule“ (Oberhessische Presse, 21.5.2011).

Die Marburger Linke hat zuletzt für den Haushalt 2020 bis zu 5 Mio.

Euro für eine Sporthalle an der ARS beantragt. Sie wird sich – auch wegen der 3. Sportstunde – weiter für den Bau einer Sporthalle einsetzen.

Nun ist von der Fortschreibung des Sportentwicklungsplans die Rede. Gut so, aber: Wann soll es losgehen? Wie lange soll der Prozess noch laufen?

Nach dem Radverkehrsentwicklungsplan, von dessen 217 Maßnahmen weniger als ein Dutzend umgesetzt wurden, gilt es aufzupassen, dass sich dies nicht wiederholt. Mit einem schönen Plan, der aber direkt in die Schublade wandert, ist niemandem geholfen.

Henning Köster



▲ Bei der Adolf-Reichwein-Schule besteht dringender Bedarf an einer Sporthalle

Freie Fahrt mit dem Stadtpass

Statt Tickets zu bezuschussen, mit Nulltarif Kosten sparen

Wer einen Stadtpass hat, soll künftig kostenlos in Marburg Bus fahren dürfen, fordert die Marburger Linke. Das würde vielen Menschen mit geringem Einkommen, denen trotz einer Subventionierung von 24,50 Euro die Monatskarte zu teuer ist, mehr Mobilität ermöglichen und zugleich der Stadt Kosten sparen.

Gegenwärtig besitzen etwa 5.000 Marburger*innen einen Stadtpass (9.465 ausgegebene Stadtpässe mit sechs Monaten Gültigkeitsdauer im Jahr 2019). Nur die Hälfte von ihnen kauft Monatskarten. Der Zuschuss der Stadt dafür betrug 2018 634.273 Euro.

Würde die Stadt – ähnlich wie beim Jobticket für ihre Beschäftigten – mit dem RMV einen Vertrag zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV durch die Stadtpassinhaber*innen abschließen, würde das Kosten von etwa 550.000 Euro bedeuten – eine

Einsparung von fast 100.000 Euro. Der Trick: die durchschnittlichen Kosten pro Fahrgast wären – wie im Falle von Job- oder Semestertickets – deshalb so niedrig, weil ein Teil der Stadtpassinhaber*innen die Busse nur selten oder gar nicht nutzen würde.

Als das Job-Ticket der Stadt nur für Marburg galt und nicht wie seit 2019 für ganz Hessen, bezahlte die Stadt 9,94 Euro pro Beschäftigten und Monat an den RMV. Das schloss auch die Fahrten zu Wohnorten außerhalb Marburgs ein. Beim Stadtpass könnte es günstiger werden, da alle Begünstigten in Marburg wohnen und sie möglicherweise weniger unterwegs sind, als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Außerdem würden die Fahrgäste und die Mobilitätszentrale entlastet, da der Verkauf von monatlich 2.500 Monatskarten entfiel.

Nico Biver

Fortsetzung von S. 1

Marburger Haushalt ohne Plan

Und nun zur Gretchenfrage: Wer soll das bezahlen? Obwohl die Marburger Linke lediglich eine Erhöhung der Gewerbesteuer auf das Durchschnittsniveau vergleichbarer Städte fordert, macht sich bei den Ma-

gistratsparteien große Ängstlichkeit vor den großen Firmen breit. Da sie von Marburg profitieren, sind sie aber gefordert, sich angemessen an der Entwicklung der Stadt zu beteiligen.

Renate Bastian

Haushaltsvorschläge der Marburger Linken

Mehrausgaben (in 1.000 Euro)

Kostenfreie KITAS	6.117
Kostenfreie Schulmittagessen	800
Entwicklungskonzept Richtsberg	150
Stadtentwicklungsplan (Vorarb.)	50
Erhöhung Kulturausgaben	788
Unterbringung Flüchtlinge	500
Bau einer Sporthalle	5.000
50-m-Schwimmbecken	3.125
Grunderwerb für Wohnungsbau	3.000
Jobticket für alle	4.800
Schnellbuslinien	800
Kostenfreies Schülerticket	2.500

Bau von Fuß- und Radwegen	1.000
Radweg zur Lahnbergemensa	1.500

Außerdem beantragte die Marburger Linke Mittel für Streetworker zur Wohnungslosenbetreuung und am Richtsberg, für Armuts- und Wohnraumbeauftragte und für die Kinderferienbetreuung

Mehreinnahmen (in 1.000 Euro)

Höhere Gewerbesteuerschätz.	10.600
Erhöhung Gewerbesteuersatz	10.600
Erträge aus Verkehrskontrollen	1.000
Tourismusabgabe	400



▲ Stadtverordnete Renate Bastian und Jan Schalauske (1. Reihe), Tanja Bauder-Wöhr (2.), Inge Sturm (3.) und Roland Böhm (4.)



▲ Ende der Diskussion? Am Pfarrgarten wurde bereits abgeholzt

Foto: Nico Biver

Bauen ohne Rücksprache

Widerstand gegen Bauprojekt im „alten Pfarrgarten“ Cappels

Stadtoberhaupt Thomas Spies bezeichnet sich selbst gerne als den transparentesten Oberbürgermeister aller Zeiten. In Cappel bekommt man davon allerdings wenig mit. Im vergangenen Jahr sind zahlreiche Bauprojekte angelaufen, darunter das DHL-Paketzentrum und ein privates Wohnprojekt von S+S. Weder Ortsvorsteher Peter Hesse noch die Bürgerinnen und Bürger Cappels wurden informiert oder gar einbezogen.

Für ordentlich Widerstand sorgten die Planungen, den „alten Pfarrgarten“ zu bebauen. Hierbei handelt es sich um einen in kirchlichem Eigentum befindlichen, schönen, parkgleichen Garten mit altherrwürdigen Bäumen und einem denkmalgeschützten Pfarrhaus. Quartiersbezogene Wohneinheiten für ältere Menschen sollten hier gebaut werden. Gegen Einrichtungen für Senior*innen stellte sich grundsätzlich niemand. Sehr kritisch wurde allerdings der Standort gesehen, da

es hier um einen schützenswerten Garten mitten im Ort geht. Aus der Bevölkerung kamen auch Flächentauschvorschläge. Doch während der Auseinandersetzung zeigte sich, dass auch bei diesem vorhabenbezogenem Projekt wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen. Das von der Kirche über den Elisabethverein als soziales Projekt ausgegebene „Gut Wohnen im Alter“ stellte sich bei genauer Betrachtung nur für wenige gutsituierte Pensionäre als bezahlbar heraus. Erst wurde gesagt, hier könne zu einer Kaltmiete von 6,50 Euro ausgegangen werden, mittlerweile wurden diese Zahlen auf ca. 12 Euro korrigiert.

Die Marburger Linke fordert seit Jahren ein Stadtentwicklungskonzept. Das setzt eine Bedarfsanalyse voraus und eine Stadtplanung, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Freiflächengestaltung muss ebenso berücksichtigt werden wie die Beteiligung der Öffentlichkeit. *Tanja Bauder-Wöhr*

Links wirkt!

Marburger Busfahrer*innen befördern tagtäglich tausende Fahrgäste in unserer Stadt. Obwohl sie im Auftrag der Stadt unterwegs sind, litten sie in der Vergangenheit unter niedrigen Löhnen und schwierigen Arbeitsbedingungen. Ein Grund: Die Stadtwerke wendeten einen Tarifvertrag aus der Privatwirtschaft an. Auch in Marburg war der öffentliche Nahverkehr dereguliert, ausgeglichen

und in eine private Rechtsform überführt worden. Nun erfolgt endlich eine wichtige Korrektur.

Der langjährige Druck der Belegschaft, der Gewerkschaft ver.di und der Marburger Linken haben es möglich gemacht: Seit 1. Januar 2020 gilt der öffentliche Tarifvertrag (TV-H) mit Lohnsteigerungen von 1.600 Euro bis über 6.000 Euro pro Jahr. Dazu gibt es ein 13. Gehalt, eine betriebliche Altersversorgung und mehr Urlaub. *Jan Schalauske*

Kita-Ausbau hinter Bedarf zurück

Eine große Anfrage der Fraktion Marburger Linke im Jahr 2019 machte ein strukturelles Defizit bei der Kinderbetreuung in Marburg offensichtlich. Sowohl im Bereich der Kinder unter wie über drei Jahren fehlen Plätze und die Lücke zwischen Bedarf und Angebot wächst eher. So fehlten im U-3-Bereich zum 1. März 2019 beinahe 90 Plätze. Die Schaffung von 35 neuen Plätzen 2019 verringert das Defizit nicht wirklich, da auch der Geburtsjahrgang 2019 nach vorläufigen Zahlen wieder auf Rekordniveau von ca. 640 Geburten liegt und so unweigerlich 2020 höhere Nachfrage erzeugen wird. Das

Gleiche gilt für den Ü-3-Bereich, in den jetzt der bisherige Rekordjahrgang 2016 hineinwächst. Gleichzeitig wurde in den Jahren 2017/18 deutlich weniger in den Kita-Ausbau investiert als in den Vorjahren. Für 2019 war eine leichte Steigerung vorgesehen, womit gerade einmal das Niveau von 2012 erreicht wird. Vom bereits für 2018 großspurig angekündigten Kitabauplan ist auch im Haushaltsentwurf für 2020 noch keine Spur zu finden. So erfreulich der Kindersegen ist, die Betreuungsaussichten sind für die Eltern bestenfalls durchwachsen.

Roland Böhm



Foto: Nico Biver

▲ Linken-Aktion gegen soziale Kälte vor der Stadtparlamentssitzung

Halb so viel

Volles Programm Schwimmen im Aquamar geht zurzeit nicht. Grund dafür sind Schäden an der Dachkonstruktion, die im vergangenen Herbst festgestellt wurden. In den kommenden Monaten sind nur der Bereich um das Aktionsbecken, die Rutsche und die Sauna geöffnet – also das halbe Bad. Die bisherige Tarifänderung sieht vor, dass man

länger im halben Schwimmbad bleiben darf. Menschen mit Babys und Kleinkindern, Besucher*innen der Wassergymnastik oder Menschen mit wenig Zeit zahlen also so viel wie vorher – für weniger Schwimmbad. Die Marburger Linke fordert daher eine Halbierung der Eintrittspreise während der Teilöffnung. Die Koalition aus SPD, CDU und BfM stimmte im Stadtparlament dagegen.

Stefanie Wittich



Foto: Nico Biver

Hartz und herzlos

Seit 15 Jahren Armut per Gesetz

Am 1. Januar 2005 trat das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (SGB II) in Kraft. „Fordern und Fördern“, das Motto dieses „Prunkstücks“ der Schröder-Fischer-Regierung – im Volksmund Hartz IV genannt – entpuppte sich rasch als Deutschlands größter Lohn- und Sozialabbau der Nachkriegszeit. Die fatalen Folgen spüren heute die drei Millionen Erwerbslosen, etwa 5 Millionen Arme und alle Lohnabhängigen in Deutschland.

Der Zwang, jede Arbeit zu jedem Preis annehmen zu müssen, weitet den Niedriglohnsektor und die prekäre Beschäftigung immens aus. Dies drückt das gesamtgesellschaftliche Lohnniveau und wurde zur Basis für die Erfolge der Exportindustrie. Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung, Alters- und Kinderarmut sind die beschämende Kehrseite der Medaille „Exportweltmeister“.

Im Landkreis Marburg-Biedenkopf ist das Kreisjobcenter (KJC) für die Durchsetzung des Hartz-

IV-Regimes zuständig. Einen landesweiten, unrühmlichen Spitzenplatz erreicht das KJC beim Sanktionieren seiner „Kunden“, wie die Erwerbslosen zynisch genannt werden. Lange war es die Anzahl, heute ist es die Höhe der Sanktionen, die in Hessen Spitze sind.

DIE LINKE im Kreistag setzte das Thema Hartz IV immer wieder auf die Tagesordnung. Alle Vorstöße der Fraktion, das Los der Erwerbslosen zu erleichtern und das KJC zu einer „kundenfreundlichen“ Auslegung der Vorschriften zu bewegen, wurden von den jeweiligen Mehrheiten abgelehnt. Das Bundesverfassungsgericht verwarf im November 2019 die Sanktionen der Jobcenter als verfassungswidrig und

monierte die Berechnung der Regelsätze bereits 2010.

Bis heute ist für Betroffene keine normale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich, weil die Geldleistungen realitätsfremd und viel zu niedrig berechnet werden. Soziale Kontakte brechen weg, Betroffene isolieren sich. Ohne Erwerbsarbeit gilt ein Mensch nichts. Geldmangel, Vereinsamung und mangelnde Wertschätzung hinterlassen körperlich und seelisch tiefe Spuren. Es gibt einen kleinen Hoff-

nungsschimmer. Auch bei SPD und Grünen setzt sich langsam die Erkenntnis durch, dass Hartz IV ein schwerer politischer Fehler ist, zumal das selbst gesteckte Ziel „Vollbeschäftigung“ verfehlt wird. So ist zu hoffen, dass Hartz IV bald durch eine sanktionsfreie, bedarfsgerechte Mindestsicherung abgelöst werden kann, wie sie von der LINKEN schon lange gefordert wird. Und Hartz IV auf der Müllhalde der Geschichte landet.

Bernd Hannemann



Foto: Nico Biver

▲ Marburger Montagsdemonstration gegen Hartz IV im Herbst 2004

Links wirkt doch

Haushaltsvorschläge der LINKEN „nicht finanzierbar“

Der Landkreis ist für viele öffentliche Aufgaben zuständig. Jedes Jahr im Spätherbst legt die Landrätin dem Kreistag einen de-

taillierten Plan vor, mit welchem personellen und finanziellen Aufwand diese Aufgaben im nächsten Jahr erledigt werden sollen. Die-



Foto: Thorsten Richter

▲ Kreistagsabgeordnete der LINKEN: Ingeborg Cernaj, Anna Hofmann und Bernd Hannemann (vlnr.)

ser Haushaltsplan wird in den politischen Gremien diskutiert, die Fraktionen im Kreistag bringen eigene Vorschläge ein und am Ende entscheiden die Kreistagsabgeordneten mit Mehrheit, in welchem Rahmen sich die Verwaltung bewegen kann.

Der Fraktion DIE LINKE waren diese Punkte besonders wichtig:

- die Verbesserung der medizinischen Versorgung im Landkreis: ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) in Biedenkopf;
- den Bus- und Bahnverkehr im Landkreis verbessern (Machbarkeitsstudie Ohmtalbahn, „Miteinanderticket“);
- Menschen mit Behinderungen bei den Neuregelungen des Bundessteilhabegesetzes nicht alleine lassen;
- den Trinkwasserverbrauch in kreiseigenen Liegenschaften durch Nutzung von Brauchwasser reduzieren;
- „Frauennotruf“, die Beratungs-

stelle für belästigte und vergewaltigte Frauen und Mädchen, wirkungsvoller unterstützen.

Diese Anliegen wurden einerseits von der regierenden SPD-CDU-Koalition gelobt, andererseits bei der Abstimmung im Dezember dennoch als nicht zu finanzierende „Weihnachtsgeschenke“ abgetan. Wobei „nicht zu finanzieren“ eine hübsche Umschreibung für „Wir machen nicht, was DIE LINKE fordert“ ist. Die Überschüsse in den Jahresrechnungen der letzten Jahre belegen, dass der Satz „Es ist kein Geld da.“ eine faule Ausrede ist.

Dennoch: Steter Tropfen höhlt den Stein. Die Machbarkeitsstudie zur Wiederbelebung der Ohmtalbahn wurde im Januar doch noch beschlossen.

Und die Kreisregierung hat den Bedarf für ein MVZ erkannt und erste zaghafte Schritte in diese Richtung unternommen.

Links wirkt eben doch.

Ingeborg Cernaj

Termine

► **Kreisparteitag der LINKEN**

Themen: Bilanz 2019, Planung 2020, Neuwahl Vorstand. Einleitungsreferat von Jan Schalauske (Landesvorsitzender)
Sa., 21. März, 11.00-18.00 Uhr, Bürgerhaus, Niederweimar

► **Die Morde von Mechterstädt Busfahrt zur Gedenkveranstaltung in Ruhla-Thal**

Der Bus, organisiert von AStA und Geschichtswerkstatt, ist kostenlos: Anmeldung unter: mechterstaedt.asta-marburg.de/exkursion
Mi., 25. März, Busabfahrt mittags

► **Demonstration Marburg gegen Mietenwahnsinn**

Veranstalter: Bündnis zum European Housing Action Day
Sa., 28. März, 14.00 Uhr, ab Rudolphsplatz, Marburg

Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro im DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg

► **Öffentliche Kreis-Mitglieder-versammlung** der LINKEN, am 3. Donnerstag des Monats, 19.30 Uhr

► **Marburger Linke** erweiterte Fraktion, montags, 19.30 Uhr

► **DIE LINKE. Kreis AG** freitags, 15.30 Uhr

► **Studierendenverband SDS.die linke**, dienstags, 20.00 Uhr, www.sds-marburg.de

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, Fraktion DIE LINKE im Kreistag und Fraktion Marburger Linke

Redaktion: Renate Bastian (verantwortl.), Nico Biver, Ingeborg Cernaj, Alex Cramer, Inge Sturm, Dorian Tigges
Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 9.3.2020

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
 Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg
 Tel. 06421-163873
 info@die-linke-marburg.de
 www.die-linke-marburg.de

Assange in Gefahr

WikiLeaks-Journalist droht Auslieferung in die USA

Julian Assange, australischer Journalist und Gründer der Enthüllungsplattform WikiLeaks, hat sieben Jahre in der ekwadorianischen Botschaft in London gelebt. Im April 2019 hat das Land, welches ihm Asyl gewährt hatte, um ihn vor der Auslieferung in die USA zu retten, Assange an die britischen Behörden ausgeliefert. Im Londoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh wurde Assange in Isolationshaft genommen – wegen eines Verstoßes gegen Meldeauflagen.

Der UN-Sonderbeauftragte für Folter und Kriegsverbrechen, Nils Melzer, durfte mit zwei Ärzten Assange besuchen. „Assange zeigt alle Anzeichen eines Folteropfers“, bestätigt Melzer im ZDF. Seinem Appell, Assange sofort freizulassen, hatten sich bereits 2019 über 60 Ärzte angeschlossen.

Melzer hat Rechtsbrüche schwedischer und britischer Behörden gegen Assange enthüllt. Dies gilt besonders für den unhaltbaren Vorwurf der Vergewaltigung, der einen Rufmord darstellt. Er beschuldigt Schweden und Großbritannien – die sich als Rechtsstaaten bezeichnen – sich gegen eine einzelne Per-

son verbündet zu haben. Er habe Derartiges vor einem Jahr noch für ausgeschlossen gehalten.

Der Prozess gegen Assange ist ein Skandal: Als politisch Gefangener dürfte er nicht an die USA ausgeliefert werden – dort erwarten ihn 175 Jahre Haft, weil er Dokumente über Kriegsverbrechen der US-Army enthüllt hatte. Dabei müsste Assange nach internationalem Recht den Schutz der Pressefreiheit genießen.

Anfang Februar haben auch hochrangige deutsche Politiker – darunter Sigmar Gabriel (SPD), Ger-



▲ Julian Assange 2014

Foto: David G. Silvers, CC BY-SA 2.0

hart Baum (FDP), Sevim Dagdelen (DIE LINKE) – appelliert, Assange freizulassen. Doch wie reagiert die Regierung der BRD? „Man verlasse sich auf den britischen Rechtsstaat“, heißt es auf Anfragen.

Über Assanges Auslieferung an die USA soll ab dem 24. Februar in einem Prozess entschieden werden, der eine Farce ist: Die Richterin folge den Anträgen anwesender hochrangiger US-Beamter, berichten Prozessbeobachter Craig Murray und John Pilger.

Vor einigen Tagen veröffentlichte die renommierte medizinische Fachzeitschrift „The Lancet“ einen Appell von knapp 120 Ärzten und Psychologen, Assange müsse sofort „bestmöglich gesundheitlich versorgt“ werden, bevor es zu spät sei. Sterbe Assange im Gefängnis, sei er „effektiv zu Tode gefoltert worden“, heißt es in „Lancet“.

Die Autoren dieses Artikels haben zusammen mit der LINKEN und der Humanistischen Union in Marburg Mahnwachen für Assange organisiert und eine gut besuchte Veranstaltung durchgeführt, zudem werden Unterschriften für seine Freilassung gesammelt. Erster Erfolg des öffentlichen Drucks ist eine Minimallösung – Assange wurde aus der Isolationshaft in eine Gruppe von 40 Gefangenen verlegt.

Mathias Missler/Gabriel Schnitzler

„Auf der Flucht erschossen“

100 Jahre Morde Marburger Studenten in Mechterstädt

In den frühen Morgenstunden des 25. März 1920 marschierten Mitglieder des Studentenkorps Marburg (Stukoma) ins 180 Kilometer entfernte Mechterstädt in Thüringen ein und erschossen dort hinterrücks 15 streikende Arbeiter, angeblich „auf der Flucht“. Untersuchungen wiesen bei fast allen Opfern Kopfschüsse nach, beinahe ausnahmslos von vorne zugefügt. „Wer die bestialisch zugerichteten Leichen gesehen hat, der wird mir sicher zustimmen, dass Individuen, die solcher Taten fähig sind, nicht nur heute in sturbewegter Zeit, sondern immer eine Gefahr für ihre Mitmenschen bilden“, so der zeit-

genössische Sozialdemokrat und Gewerkschafter Johann Seehofer. Die Grausamkeiten fanden im Zusammenhang mit dem rechtsgerichteten Kapp-Putsch gegen die Weimarer Republik statt. Im Frühjahr 1920 wurde dieser nicht zuletzt durch einen Generalstreik der Arbeiterbewegung besiegt.

Die Morde wurden von der Leitung der Universität gebilligt. Es folgte ein Justizskandal: Alle angeklagten Studenten wurden sowohl vor dem Marburger Kriegsgericht als auch vor dem Kasseler Schwurgericht freigesprochen. Verteidiger und Anklagebehörde arbeiteten bei den Prozessen eng zusammen, ein echter Verfolgungs-

wille existierte nicht. Das demokratische Spektrum übte schon zeitgenössisch scharfe Kritik, die folgenlos verhallte. Mechterstädt gilt als „Beispiel eines barbarischen innerdeutschen Krieges, der von rechts gegen die Republik geführt wurde“. Rechte Netzwerke und Korporationen waren Katalysator und Knotenpunkt umstürzlerischer Bestrebungen in der gesamten Weimarer Zeit – so urteilen Historiker heute.

Seit rund einem Jahr erinnert eine gemeinsame Gedenktafel der Philipps-Universität, der Universitätsstadt Marburg und des Allgemeinen Student*innenausschusses (AStA) der Philipps-Universität an diese Morde. Der Marburger AStA organisiert im März eine Exkursion nach Thüringen, die auch die Teilnahme an der zentralen Gedenkveranstaltung ermöglicht.

Alexander Cramer

Wiesbadener Zwischenruf

Fortsetzung von S. 1

Notstand!

Die Befürchtungen haben sich bewahrheitet. Nach dem Auslaufen der Rückkaufklausel für das Land vor zwei Monaten will der Asklepios-Konzern die Rhön-AG übernehmen. Im Uniklinikum (UKGM) drohen dadurch Rationalisierungen zu Lasten von Beschäftigten und Patient*innen.

Dabei hatten die UKGM-Betriebsräte schon im November 2019 den Pflegenotstand ausgerufen. Personalmangel und Überlastung – so schlimm wie derzeit sei es noch nie gewesen. In Gießen mussten sogar zeitweise drei Stationen geschlossen werden.

Im Landtag blieben die Hilferufe des Marburger Betriebsrats von der Regierung ungehört. Wissenschaftsministerin Angela Dorn (Grüne) scheint mehr auf die Zahlen der Rhön-AG, als auf die Schilderungen der Beschäftigten zu vertrauen. Im Ausschuss gab sie zu Protokoll, dass sie keinen Grund hätte, an den Angaben des Konzerns zu zweifeln. Eine Abgeordnete der Grünen bezeichnete die Sorgen der Belegschaft gar als „Notstandsrhetorik“. Selbst einen Antrag von LINKEN und SPD für eine Anhörung der Betroffenen zur Bilanz der Privatisierung schmetterten CDU und Grüne ab.

Die Beschäftigten brauchen mehr denn je die Unterstützung der Politik. Es ist unerträglich, dass über die Zukunft unseres Klinikums an der Börse entschieden werden soll. Die Landesregierung muss diesem Irrsinn ein Ende setzen und sich für eine Rückkehr in öffentliche Hand einsetzen. Dafür braucht es wieder eine breite Bewegung in der Region.

Jan Schalauske

Mitglied des Hessischen Landtags



Foto: Hanna Hoefel

CDU-Zentrale mit Schwarzgeld gekauft?

Aus dem eigentlichen Vereinszweck wird indes intern kein Hehl gemacht: die Verwaltung der vereins-eigenen CDU-Zentrale in der Gisselberger Straße. Sogar in Sitzungsprotokollen war vom „Hausverein“ die Rede. Dieser Widerspruch zu den Vereinszielen löste beim Vereinsregister Verwunderung aus.

Richtig ist, wie der CDU-Kreisverband behauptet, dass es Parteien lange nicht möglich war, Grundbesitz zu erwerben. Die Satzung der CDU sieht dafür allerdings die Gründung von „Hausvereinen“ vor, die auch so heißen. Der Kreisverband erklärt mit keinem Wort, warum der Zweck des Vereins verschleiert wurde, wie der mittellose Bildungsverein 1975 angeblich 250.000 DM von der Sparkasse geliehen bekam und warum gemeinnützige Ziele vorgeschoben wurden.

„Vollumfängliche Aufklärung“ fordert Jan Schalauske, hessischer Landtagsabgeordneter der LINKEN

DVAG-Spenden für CDU und FDP

Firmen der Deutschen Vermögensberatung (DVAG) haben auch 2018 reichlich an die CDU gespendet, wenn auch deutlich weniger als im Bundestagswahljahr 2017. Dies geht aus dem im Januar veröffentlichten Rechenschaftsbericht der Partei hervor. Die zum Marburger Pohl-Imperium gehörenden DVAG und die DVAG Allfinanz überwiesen

150.000 und 90.000 Euro – allerdings gestückelt in Einzelspenden unter 50.000 Euro. Dadurch mussten sie nicht sofort veröffentlicht werden. Vom DVAG-nahen Bundesverband Deutscher Vermögensberater kamen weitere 22.000 Euro.

Die FDP musste sich 2018 mit 50.000 Euro begnügen. SPD und Grüne gingen diesmal leer aus.

vom CDU-Kreisvorsitzenden und hessischen Finanzminister Thomas Schäfer. Es bestehe der Verdacht, dass die Staatsbürgerliche Vereinigung e.V. Vorbild für den Marburger Verein gewesen sei, eine Spendenwaschanlage über die Millionen des Flick-Konzerns in den 1970ern an CDU, FDP und SPD geflossen waren. „Die hessische CDU hat reichlich Erfahrung im Verstecken von illega-

len Spenden“ so Schalauske. Anfang 2000 hatte sie zugegeben, 18 Mio. DM Schwarzgelder in die Schweiz verschoben und sich diese als „jüdische Vermächtnisse“ oder Kredite zurücküberwiesen zu haben. „Die ‚glasklare Stellungnahme‘ der Marburger CDU erinnert mich doch sehr an Roland Kochs damalige ‚brutalstmögliche Aufklärung‘, auf die wir heute noch warten.“ Nico Biver

Afföller-Privatisierung verhindert



Foto: privat

▲ Zufriedene Gesichter nach Absage des Afföller-Verkaufs

Gastbeitrag des Aktionsbündnisses „Afföller retten“

Das Beispiel „Afföller retten“ zeigt, dass Widerstand sich lohnt. Gemeinsame linke Politik in Bewegung und Parlament – so kann man konkrete Erfolge erzielen.

Nachdem die Absicht der Stadt bekannt wurde, ihre letzte größere Fläche an die MPG, eine Tochtergesellschaft der DVAG, zu verkaufen, gründete sich im Sommer 2019 das „Aktionsbündnis Afföller retten“ – ein Zusammenschluss

aus Anwohner*innen, lokalen wohnungspolitischen Gruppen, Mitgliedern der Interventionistischen Linken, Vertreter*innen der Linkspartei und der Grünen. Dabei waren auch das Café Trauma und der Musiker*innenverein, welche von den Verkaufsplänen in ihrer Existenz bedroht waren. Zahlreiche Aktionen wie Unterschriftensammlung, Demo, Bürgerinnencafé, Filmvorführung, Infoveranstaltung oder Soliparty sorgten für großes Medieninteresse. Auch der gemeinsame Besuch einer städtischen Gremien-

sitzung sowie Stadtrundgänge gehörten dazu. Parlamentarische Initiativen begleiteten die Aktionen. Im November kam dann der Erfolg: Die MPG gab auf und wollte das Gelände nun gar nicht mehr. Die Stadt dagegen versprach mehr Mitsprachemöglichkeiten für Bürger*innen bei der Gestaltung der Fläche. Das Afföller-Gelände ist damit vorerst gerettet.

Um auch zukünftig den Ausverkauf der Stadt zu verhindern, wird weiter Druck notwendig sein: gegen Privatisierung und für eine demokratische Entwicklung im Interesse der Bürger*innen Marburgs.

Sozialrechtsberatung

Mindestsicherung zu niedrig, Hartz IV gekürzt, Wohngeld verweigert, Abschiebung angedroht – DIE LINKE Marburg-Biedenkopf bietet in Kooperation mit dem Fachanwalt Dieter Unseld eine kostenlose Sozialrechtsberatung an.

Rufen Sie uns an oder schicken Sie uns eine Mail, um eine Beratung zu vereinbaren:

Tel.: 06421 / 163873

E-Mail: info@die-linke-marburg.de